KWP74

Kapitel

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 26.06.2022)

Titel: **Feministisch handeln**

Text

Eine feministische Stadtplanung nimmt alle Menschen in den Blick und nicht nur den zur Arbeit pendelnden, sprichwörtlichen weißen Mann. Dabei geht es um das Sicherheitsgefühl, aber auch um eine gleichberechtigte Teilhabe aller im öffentlichen Raum. Wir streben daher eine inklusive Quartiersentwicklung für alle an (siehe Kapitel Kiel in neuen Strukturen denken: inklusive Quartiersentwicklung). Wir brauchen beispielsweise mehr stillfreundliche Orte und kostenfreie Menstruationsprodukte in öffentlichen Gebäuden.

Wir wollen Gender Mainstreaming weiter in der Stadt verankern. Das bedeutet, dass Menschen aller Geschlechter bei Entscheidungen der Verwaltung berücksichtigt werden, um so die Gleichstellung herzustellen. Wir möchten, dass die Stadt einen gendergerechten Haushaltsplan als Standard etabliert und demnach alle Maßnahmen auf das Ziel der Gleichstellung der Geschlechter bewertet (sogenanntes Gender Budgeting).

Wir wollen mindestens 50 Prozent der Macht für Frauen*, deswegen stellen wir unsere Liste für die Kommunalwahl (wie alle Listen und Gremien) quotiert auf. Aber auch in stadteigenen Betrieben und Gremien wollen wir die Vorstände und Vorsitze quotieren. In der vergangenen Wahlperiode wurde mit unserer Unterstützung in der Verwaltung eine gendergerechte Sprache eingeführt. Wir kritisieren, dass Kieler Schüler*innen gleichzeitig die Verwendung von gendergerechter Sprache mit * im Schulkontext als Fehler ausgelegt wird.

Frauenpolitik ist auch Familienpolitik, damit sich Frauen* nicht zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen (siehe Kapitel Kinder, Jugend & Familien). Der größten Gefahr sind Frauen leider immer noch in den eigenen vier Wänden ausgesetzt. Die meiste Gewalt erfahren Frauen im familiären Kontext (siehe

Kapitel Häusliche Gewalt verhindern).

Sexarbeit ist nicht nur ein “Frauenthema”, dennoch sind es hauptsächlich Frauen, die in diesem Bereich arbeiten. Wir wenden uns gegen eine Illegalisierung von Sexarbeit. Wir möchten die Frauen stärken, in dem wir Berufs-, Rechts- und Sozialberatung stärken wollen. Erzwungene Prostitution dagegen ist keine Arbeit, sondern ein Verbrechen und muss streng verfolgt werden.